

II-3142 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1569 /J

A n f r a g e

1981 -12- 09

der Abgeordneten Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi  
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Tiroler Betriebsansiedlungs- und Entwicklungsgesellschaft

Eine der bedauerlichsten Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise ist eine Rekordarbeitslosigkeit in wichtigen Industriestaaten. Dank einer konsequenzen Vollbeschäftigungspolitik ist es in Österreich bisher gelungen, eine nennenswerte Arbeitslosigkeit hintanzuhalten, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß es auch in Österreich schwieriger wird, wirtschaftspolitische Erfolge zu erzielen und damit die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten. Auch in Tirols Wirtschaft werden Beschäftigungsprobleme immer akuter. Auf Arbeitnehmerseite werden daher schon seit geraumer Zeit zusätzliche bzw. neue wirtschaftspolitische Instrumente zur Sicherung der Vollbeschäftigung gefordert. Eines dieser Instrumente erblickt man in einer Tiroler Betriebsansiedlungs- und Entwicklungsgesellschaft. Diese soll einerseits den bereits eingetretenen Entindustrialisierungsprozeß in Tirol stoppen, also die Existenz wichtiger Industriebetriebe zeitgerecht sichern helfen, andererseits die Ansiedlung neuer Betriebe in Tirol unterstützen und damit mitwirken, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auch die 89. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol forderte am 10. November 1981 einstimmig den Tiroler Landeshauptmann auf, "umgehend in Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Gründung einer gemeinsamen Tiroler Betriebsansiedlungs- und Entwicklungsgesellschaft einzutreten".

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e n:

- 2 -

1. Wie stellen Sie sich grundsätzlich zu in den Bundesländern zu gründenden Betriebsansiedlungs- und Entwicklungsgesellschaften?
2. Planen Sie steuerliche Anreize für die Bereitstellung von Risikokapital für derartige Gesellschaften?
3. Bis wann ist mit der Vorlage einer diesbezüglichen Regierungsvorlage zu rechnen?
4. Sind derartige Gesellschaften ohne Beteiligung des jeweiligen Bundeslandes denkbar?